

Rieser Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tagesblatt Rieser,
Fernruf Nr. 20.

Das Rieser Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Rieser, des Finanzamts Piesitz und des Hauptzollamts Weißen.

Postfachkonto: Dresden 183,
Groszkasse Rieser Nr. 52.

Nr. 287.

Freitag, 11. Dezember 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrittens von Produktionssteigerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Stellen) 20 Gold-Pfennige; die 29 mm breite Restzeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife. Beiwörter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Rieser. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage "Gepöhl an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Rieseranten oder der Beförderungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Rieser. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigenstell: Wilhelm Dittrich, Rieser.

Dr. Stresemann über die politische Lage.

Berlin. Auf dem Parteitag der Deutschen Volkspartei für den Wahlkreis Groß-Berlin sprach der Reichsaussenminister Dr. Stresemann in einer von der Partei einberufenen öffentlichen Versammlung. In seiner Rede führte Dr. Stresemann u. a. aus: Es sei eine Verkennung des parlamentarischen Systems, wenn einer Partei Vorwürfe darüber gemacht würden, daß sie im Laufe der politischen Entwicklung mit verschiedenen Parteien zusammenarbeite. Eine andere Kombination als die Zusammenarbeit verschiedener Parteien sei bei den heutigen Parteiverhältnissen unmöglich. Wenn wir wieder zu gesunden Verhältnissen kommen wollten, so müßten alle Parteien Gelegenheit haben, im Laufe der Entwicklung in der Regierung mitzuarbeiten. Es sei deshalb völlig verfehlt, wenn der Deutschen Volkspartei Vorwürfe gemacht würden, daß sie daraus bestanden hätte, die deutschnationale Partei an der Regierung zu bewilligen. Ebenso verfehlt sei es aber auch, ihr vorzuwerfen, wenn sie die Konsequenzen aus der heutigen Lage zöge. Nachdem die Deutschnationalen nicht nur durch Ablehnung der Locarnoverträge, sondern darüber hinaus noch durch ihre Ausweisung der Reichsgläubiger diese Verträge sich selbst von der weiteren Mitarbeit ausgeschlossen hätten. Anlaß zu der Aenderung der politischen Lage habe die Außenpolitik gegeben. Der Reichsminister gab ein Bild von der Außenpolitik der letzten Jahre, indem er von dem Grundgedanken dieser Politik ausging. Diese Politik habe zum Ziele gehabt die Niederrückung der deutschen Souveränität. Sie habe ihrerseits wirtschaftliche Leistungen in der Stellung von Pfändern für die Reparationen geboten. Von dem vor der Lösung der Reparationsfrage, Locarno soll die Lösung der politischen Frage bringen, die zwischen der früheren Entente und uns liege. Die gegen uns in der Nachkriegszeit geführte Politik war eine Politik der Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln. Der Vertrag von Locarno solle dieser Politik ein Ende machen; eine Politik des Rechts und des wirklichen Friedens und darüber hinaus die Politik der Verständigung und des gegenseitigen Zusammenwirkens führen.

Der Reichsminister geht ausführlich auf die Grundgedanken dieser Politik ein und erklärt, daß die Deutsche Volkspartei in ihrem Eintreten für diese Politik vom ersten bis zum letzten Schritt vollkommen einmütig gewesen sei und sich in der künftigen Regierung nur mit Parteien beteiligen werde und beteiligen könne, die gewillt seien, auf der Grundlage dieser Politik weiter zu bauen. Das Wort Rückwirkungen in Bezug auf das Rheinlandregime sei vielleicht falsch gewählt, wenn es so verstanden würde, als wenn die Folgerung der Verträge von Locarno sich in ihr erschöpfen. Die auf Locarno aufgebauete Politik habe selbstverständlich die Herstellung der völligen Freiheit und Souveränität Deutschlands zum Ziele. Sie bedeute aber darüber hinaus auch die aktive Beteiligung Deutschlands namentlich auf den großen europäischen Trägern und soll den Ausdruck namentlich friedlicher, aber auch unbedingt aktiver Politik bedeuten.

Reichsbankpräsident Schacht über seine Amerikareise.

Berlin. Auf Einladung der Berliner Industrie- und Handelskammer hielt gestern abend im Berliner Vortragebau Reichsbankpräsident Dr. Schacht einen Vortrag über

„Amerikanische Eindrücke.“

Das große Interesse der Öffentlichkeit an diesem ersten Reisebericht des Reichsbankpräsidenten fand seinen Ausdruck darin, daß nicht nur der große Saal von Besuchern aus der Finanz- und Wirtschaftswelt überfüllt war, sondern daß auch viele Hunderte keinen Einlaß mehr finden konnten. Unter den Gästen bemerkte man den Reichstagspräsidenten Lohse, den Vizepräsidenten Dr. Risse, den früheren Wirtschaftsminister Dr. Neuhaus und viele Vertreter der Reichs- und Staatsbehörden. Zunächst wies Dr. Schacht darauf hin, daß die in der deutschen Presse über seine Reise verbreiteten Gerüchte nicht zuträfen. Er führte dann weiter aus: Die führenden Kreise Amerikas sind heute an den Vorgängen in Europa härter interessiert als je zuvor. Für den Amerikaner bedeutet Europa einen Gesamtbegriff. Daher ist die Auffassung, als ob das amerikanische Interesse sich auf Deutschland konzentrierte, fallen zu lassen. Deutschland interessiert Amerika lediglich im Rahmen Europas und hier wird allerdings Deutschland aus mancherlei Gründen härter beobachtet. Das Vertrauen in die industrielle Lebensfähigkeit Deutschlands ist in Amerika unerschüttert, insbesondere wird die bei uns vorhandene organische Verbindung von Industrie und Wissenschaft außerordentlich hoch geschätzt. Uebrigens gelte der Deutsche als ein fleißiger und geschickter Arbeiter, als ein zuverlässiger und solider Kaufmann und Bankier. Die ganze geschäftliche Denkweise des Deutschen liegt der des Amerikaners durchaus nahe und verstärkt seine Neigung, mit den Deutschen geschäftliche Beziehungen zu unterhalten. Aber in Amerika weiß man sehr wohl und zwar besser als manche Kreise hierzulande, daß Deutschlands Zukunft nicht isoliert betrachtet werden kann, sondern daß Deutschland ein unlösbarer Bestandteil Europas ist, auf Gedeih und Verderben mit seinen Nachbarn verbunden.

Wohnungs- und Aufwertungsfragen im Landtag.

11. Dresden, 10. Dezember 1925.

In der heutigen Sitzung kommen zuerst

Wohnungsfragen

zur Verhandlung. Frau Abg. Dr. Herzog-Bünger (DVP.) beantragt namens des Ausschusses, den Antrag der Frau Abg. Büttmann und Gen. (Dn.) auf

Aufhebung der Zwangswirtschaft hinsichtlich der Vermietung möblierter Räume

abzulehnen und die hierzu vorliegenden Eingaben der Regierung zur Kenntnisnahme zu überweisen. Persönlich tritt die Berichterstatterin für einen Minderheitsantrag ein, daß in denjenigen Gemeinden, in denen das Angebot der Nachfrage übersteigt, zu gestatten, daß bei Untermieträumen und großen Wohnungen die Zwangswirtschaft aufgehoben oder gelockert werden darf, und von der Belegung von Wohnungen mit neuer Zuteilung abgesehen.

Abg. Köllig (DVP.) berichtet über einen kommunistischen Antrag auf Rückgängigmachung der am 1. Mai 1925 durchgeführten Mietpreisverhöhung und beantragt namens des Ausschusses, den Antrag abzulehnen und die dazu vorliegenden Eingaben auf sich beruhen zu lassen.

Den Mietpreis behandelt ein kommunistischer Antrag, der in erster Beratung vom Abg. Renner (Komm.) begründet wird. Den Mietern müsse wieder mehr Bestimmungsrecht gegeben, eine stärkere Kontrolle der von den Mietern gezahlten Beträge durchzuführen und sämtliche vorhandenen Wohnungen den Bestimmungen des Reichsmietengesetzes und der Zwangsverwaltung unterworfen werden.

Frau Abg. Büttmann (Dn.) begründet hierauf einen Antrag ihrer Partei, der eine Nachprüfung der Wohnungsfragen verlangt. Rednerin bittet die Regierung, die Ergebnisse der Wohnungs- u. Haushaltsnachprüfung zu veröffentlichen und den Bedarf an Wohnungen anzugeben.

Ein sozialdemokratischer Antrag über Mietpreissteuergesetz, Kleinwohnungsbau usw. beantragt der Ausschuss gegen seine Berichterstatterin Frau Abg. Büttner (Soz.) anzunehmen.

Es folgt die gemeinsame Besprechung aller 5 Punkte.

Abg. Köllig (DVP.) Durch eine Verschärfung der Zwangswirtschaft könne eine Besserung auf dem Wohnungsmarkt nicht herbeigeführt werden. Seine Partei werde deshalb die kommunistischen Anträge ablehnen.

Abg. Schacht (Soz.) ist überzeugt, daß bald der Zeitpunkt kommen werde, da man ein anderes System der Wohnungsverteilung einführen müsse. Wenn das Tempo im Wohnungsbau so fortgehe, wie bisher, so werde man noch in hundert Jahren einen Wohnungsmangel haben. Die Zuteilungswirtschaft sollte in vielen Gemeinden schärfer durchgeführt werden. Redner fragt, was die Vertreter des Justizministeriums veranlaßt habe, sich in Berlin bei Erörterung der Frage der Aufhebung der Zwangswirtschaft im allgemeinen zukünftig anzukündigen.

Abg. Dr. Schminde (Komm.): Es handele sich hier um einen Kampf um Zwangswirtschaft und freie Wirtschaft, um Erhaltung oder Abschaffung des Privateigentums. Im Interesse der Gesamtbevölkerung sei es nicht mehr angängig, das Privateigentum an Häusern und Wohnungen aufrecht zu erhalten. (Zuruf: Deshalb haben Sie wohl Ihre Villa verkauft?) Im jetzigen Moment dürfe die Zwangswirtschaft auf keinen Fall aufgehoben, sondern müsse vielmehr verschärft werden. Als sich Redner an die Tribünenbesucher wendet und von diesen lebhaftest Beifallskundgebungen laut werden, entsteht ein ungeheurer Lärm auf der rechten Seite des Hauses.

Abg. Hüher (DVP.): Wenn jemand, der einigermassen praktische Erfahrungen hat, behauptet, daß man mit einer verschärften Zwangswirtschaft der Wohnungsnot begegnen werden könne, dann möge er sich schämen, sein politisches Lehrgeld wiederzugeben. Es sei traurig, daß die Kommunisten auch die Wohnungsnot benützen, um ihr Parteistückchen daran zu kochen. Die Wohnungsnot sei durch nichts anderes als durch Neubauten zu beseitigen. Bei der Statistik komme es nicht auf das Verhältnis der Einwohnerzahl zu den vorhandenen Wohnungen, sondern auf die Zahl der Haushaltungen an.

Die Stabilisierung der deutschen Währung wird von den Amerikanern als eine außerordentliche Leistung betrachtet. Man weiß auch, daß sie aus eigener Kraft in Angriff genommen wurde, bevor der Dawesplan in Wirklichkeit trat. Ich bin während meines ganzen Aufenthalts niemals irgend einem Zweifel an der deutschen Währung begegnet. Das törichte Inflationsgerede, dem man noch immer in einer gewissen deutschen Presse begegnet, bleibt eine deutsche Eigentümlichkeit. Während wir in zahlreichen deutschen Kreisen immer noch auf eine völlig falsche Einstellung zum Dawesplan stoßen, habe ich schließen können, daß die amerikanische Welt und insbesondere auch die Finanzwelt die Grundgedanken des Dawesplanes vollständig beherrscht. Man erblickt im Dawesplan nicht nur eine internationale Sicherheit, nicht nur für die Aufrechterhaltung der deutschen Währung, sondern auch für die Wiederherbeibringung normaler wirtschaftlicher Zustände. Die Befriedigung über den Abschluß des Locarnovertrages ist in Amerika deshalb besonders groß gewesen, weil man damit einen großen Teil der politischen Hindernisse ausgeräumt sieht, die der weiteren wirtschaftlichen Wiederherstellung Europas entgegenstanden. Die Wiederherstellung

Abg. Günther (Dem.) wünscht entgegen dem Vorredner die von Frau Abg. Büttmann beantragte Statistik.

Hierauf findet ein Antrag auf Zögern der Aussprache Annahme. — Im Schlusswort verkündet Abg. Dr. Schminde (Komm.) gegenüber dem Abg. Hüher, dem er nachsagt, in seinem sonst so klugen Gehirnsstadium keine so sonderbar auszuweisen. (Zuruf: Bei Ihnen ist er ganz leer! Weiterfeld!) Die Anträge werden entsprechend den Minderheitsanträgen erledigt, die Anträge Renner und Büttmann gehen an den Rechtsausschuß.

Ein vom Abg. Köllig (Dn.) begründeter Antrag ersucht die Regierung, auf dem Gesetzes- oder Verordnungswege zu bestimmen, daß die Vorschriften des Gesetzes vom 5. Februar 1925, betr. Kosten- und Stempelfreiheit, auch auf Handwerkerbaugewerkschaften angewendet werden, die auf gemeinnütziger Grundlage arbeiten und als solche anerkannt sind.

Abg. Jähnis (Dem.) fordert in einem demokratischen Antrage Gebühren- und Stempelfreie Eintragung von Oppositionen. Dem Antrage Köllig werde keine Partei zustimmen. Auch Abg. Tenschardt (Soz.) erklärt sich für den Antrag Köllig, wenn der Nachweis erbracht werde, daß die betr. Genossenschaften gemeinnützig wirkten.

Die Anträge werden an den Rechtsausschuß verwiesen. Weiter steht zur Beratung ein Antrag Börner und Genossen (Dn.) über die

Aufwertung von Anleihen, Hypotheken usw.

Abg. Börner (Dn.) beantragt seinen Antrag. Redner fordert eine Vorarbeit für die Aufwertung der Staatsanleihen unter einem Mindestsatz, der nicht unter 20 Prozent liege, ferner die Bestimmung der Leistung eines entsprechenden Betrages zur Teilungsmasse aus dem künftigen Vermögen des Schuldners, sowie eine Anordnung, daß Staatsanleihen, die nach dem 15. Juli 1922 ausbezahlt sind, trotz Auszahlung anforderbar werden, und ein Gesetz, das eine Mindestaufwertung von 20 Prozent für alle Staats- und Gemeindefinanzen vorschreibt. Der Staat sei sicher in der Lage, eine höhere Aufwertung durchzuführen, als das Reich, das nicht solche Vermögenswerte besitze, wie der Staat.

Eine Anfrage des Abg. Günther (Dem.) erbittet Auskunft darüber, welche Haltung der Vertreter der Reichsregierung im Reichsrat zu den die Aufwertung betreffenden Gesetzesentwürfen der Reichsregierung eingenommen habe und noch annehmen werde und wie sich das sächsische Finanz-, Wirtschafts- und Justizministerium zu diesen Gesetzesentwürfen gestellt habe. Redner wirt den Deutschnationalen vor, daß sie im Reichstage in allerhöchster Weise es abgelehnt hätten, auf die berechtigten Wünsche der Sozialisten einzugehen.

Finanzminister Dr. Reinhold:

Die Regierung ist nicht in der Lage gewesen, dem Reichstage vorgelegten Gesetzesentwürfen zuzustimmen, weil sie diese für ungenügend und unbefriedigend ansah und sie befürchtete, daß diese schlechte Regelung nicht zur allgemeinen Beruhigung beitragen werde. Die Regierung hat darum ihren Gesandten Dr. Gradnauer beauftragt, im Reichsrat die Aufwertungsfrage über die öffentlichen Anleihen abzuhandeln. Was den Antrag Börner anlangt, so wisse er darauf hin, daß Sachsen eigentümlich alte Anleihen nicht habe, denn diese seien beim Verkauf der Eisenbahnen vom Reich übernommen worden. Die Regierung wäre also selbst dann, wenn sie wollte, nicht in der Lage, dem Antrage Börner zuzustimmen. (Weiterkeit in der Mitte und links.)

Schließlich liegt vor ein deutschnationaler Antrag auf Gebühren- und Stempelfreie Eintragung der Grundschuld. Abg. Börner (DVP.) beantragt, die Regierung zu ersuchen, zur Förderung des Realcredits die Eintragung der Grundschuld nach Paragraph 7 des Aufwertungsgesetzes gebühren- und stempelfrei erfolgen zu lassen, bei Aufnahme von Reparationshypotheken jede Eintragungs- und Stempelfreien wegzulassen und die Kosten für Hypothekeneintragung und die Stempelgebühren aus dem Friedensvertrag herabzusetzen.

Der Antrag Börner wird in Schlussberatung abgelehnt. Der Antrag Köllig geht an den Rechtsausschuß. Nächste Sitzung: Dienstag, 13. Dez., nachm. 1 Uhr.

gesunder Finanzverhältnisse und stabiler Währungen auch in den übrigen Ländern wird nunmehr das nächste Ziel sein, an dem Amerika mitarbeiten wird.

Schlagwetterexplosion in Artanas.

(Birmingham.) Auf der Coertons-Jeche (30 Kilometer südlich von Birmingham) hat sich eine Schlagwetterexplosion ereignet. Man befürchtet, daß 70 Bergleute verschüttet worden sind. Die Zahl der Todesopfer wird auf 60 geschätzt. Die Zahl der schwer Verletzten beträgt 5, 15 Bergleute sind mit dem Leben davongekommen.

Birmingham. (Alabama.) Die Grube, in welcher sich das Schlagwetter ereignete, besteht aus 7 Stollen, deren unterer in einer Tiefe von etwa 1000 Metern liegt. Die unverletzt gebliebenen Arbeiter befanden sich im obersten Stollen. Die durch die Explosion angerichteten Verwüstungen und die Gasentwicklung behinderten die Rettungsarbeiten stark. Die Ursache der Explosion ist noch nicht anfechtbar,